

A b d r u c k  
**Niederschrift**  
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreisausschusses  
von Montag, den 09.12.2013,  
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:           14:00 Uhr  
Ende der Sitzung:            15:50 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.**

**Für den in der Zeit von 16:00 Uhr bis 16:50 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.**

**Anwesend waren:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Dietmar Andre  
Herr Michael Berninger  
Herr Dr. Heinz Kaiser  
Herr Dr. Heinz Linduschka  
Herr Matthias Luxem  
Herr Jürgen Reinhard  
Herr Jens Marco Scherf  
Herr Dr. Ulrich Schüren  
Herr Erich Stappel

**Stellv. Ausschussmitglieder**

Frau Ellen Eberth  
Frau Emma Fichtl  
Herr Hermann Spinnler

**Entschuldigt gefehlt haben:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Joachim Bieber  
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn  
Herr Ludwig Ritter

**Von der Verwaltung haben teilgenommen:**

Herr Rüth, UB 1  
Herr Fieger, UB 2  
Herr Straub, UB 3  
Herr Krämer, UB 3  
Frau Hörnig, UB 4  
Herr Wosnik, UB 5  
Herr Rosel, Abt. 3  
Frau Seidel, UB 1

zu TOP 1  
zu TOP 1

**Tagesordnung:**

- 1 Leitfaden Interkulturelle Öffnung der Landkreisverwaltung
- 2 Beratung und Empfehlungsbeschluss über den Haushaltsplan 2014 des Landkreises Miltenberg
- 3 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

### **Leitfaden Interkulturelle Öffnung der Landkreisverwaltung**

Herr Rosel erläutert den Leitfaden Interkulturelle Öffnung der Landkreisverwaltung, den er gemeinsam mit Frau Seidel federführend erstellt habe.

Das Thema Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine gesellschaftlich wichtige Aufgabe. In Deutschland leben immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund. Man kann davon ausgehen, dass ca. 20 bis 30% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben. Deren besonderen Bedürfnissen und Problemen in unserer Gesellschaft gilt es Rechnung zu tragen. Ziel ist es dabei gleichwertige Lebensbedingungen für alle Menschen herzustellen. An dieser Aufgabe müssen wir alle arbeiten, Deutsche wie die Menschen mit Migrationshintergrund selbst.

Gerade auch die staatlichen Institutionen sind berufen, sich dieser Thematik anzunehmen und tun dies auch schon vielfältig. Integration findet zwar stets vor Ort wo die Menschen leben, also in den Kommunen statt. Allerdings wird dieses Umfeld auch durch die Landkreisverwaltung mitbestimmt. Primär gibt es auf Landkreisebene viele gesetzliche Aufträge, die zu einer Befassung mit dem Thema Migration führen. Daneben gibt es Bereiche bei denen der Landkreis unterstützend und vernetzend wirken kann. Bereiche die oft mit der Thematik zu tun haben sind z.B. das Sachgebiet Kinder, Jugend und Familie, das Sozialamt oder das Ausländeramt (Einbürgerungen). Aber auch in allen anderen Bereichen des Hauses sind Personen mit Migrationshintergrund täglich unsere Kunden.

In der Landkreisverwaltung gibt es eine interne Arbeitsgruppe (Integrationsforum) die sich mit dem Thema beschäftigt. Diese besteht aus Mitgliedern aller Bereiche des Landratsamtes, die mit der Thematik Integration befasst sind sowie einem Vertreter des Jobcenters. Damit wird hausintern die Thematik vernetzt. Von dieser Arbeitsgruppe wurde der Leitfaden „Interkulturelle Öffnung der Landkreisverwaltung“ entwickelt.

Leitfäden sind zunächst hausinterne Regelungen des Landratsamtes. Diese beinhalten Regelungen und Verhaltensanweisungen zu verschiedenen Themen. Darunter fällt etwa unser Unternehmensleitbild.

Der Leitfaden „Interkulturelle Öffnung der Landkreisverwaltung“ dient zur Personal- und Organisationsentwicklung im Bereich der Integration. Die Thematik wird dadurch im Landratsamt selbst angesprochen und bekannt gemacht. Darüber hinaus, und das ist besonders wichtig, soll der Leitfaden die Verwaltung aber auch verpflichten sich in Aufgaben, die dem Landkreis nicht unmittelbar zugeordnet sind so einzubringen, dass der Gedanke der Integration weitergetragen wird. Dies gilt insbesondere für den Bildungs- und Arbeitsmarktbereich.

Welche Themen werden nun im Leitfaden behandelt:

Zunächst wird der dem Landkreis obliegende Aufgabenbereich definiert. Dies ist die Sicherstellung eines gleichberechtigten und ungehinderten Zugangs aller Einwohner zu den Dienstleistungen des Landkreises. Dazu sind Personen mit Migrationshintergrund bedarfsgerechte Angebote zu machen. Danach werden die wichtigsten Aufgaben im Einzelnen beschrieben. Die Handlungsfelder sind:

- A. Elementarbereich
- B. Schule
- C. Jugendarbeit
- D. Berufliche Förderung
- E. Personalmanagement
- F. Einbürgerung
- G. Gesundheitsvorsorge
- H. Politische Partizipation

Bei jedem Handlungsfeld wird in einer kurzen Beschreibung der Bezug zur Integration verdeutlicht. Sodann werden die Ziele, die erreicht werden sollen ausgeführt und dann Handlungsempfehlungen zur konkreten Umsetzung gegeben.

Dieser Leitfaden soll regelmäßig fortgeschrieben werden, um so den jeweils aktuellen Bedürfnissen angepasst zu werden.

Landrat Schwing dankt ihm für seine Ausführungen und auch dem Integrationsforum für diese Arbeit. Gerade in Bezug auf den Arbeitsmarkt habe er kürzlich gelesen, dass im Bereich der Migranten noch Reserven bestünden, die man durch Weiterqualifikation und Sprachweiterbildung im Arbeitsmarkt platzieren könnte.

Auf Rückfrage von Kreisrat Andre zu fehlenden Arbeitskräften und der Anwerbung aus Nachbarländern antwortet Herr Rosel, man sei noch nicht so weit, Mitarbeiter beispielsweise aus Spanien anzuwerben. Allerdings wolle man gezielt Personen mit Migrationshintergrund anwerben für den Angestelltenbereich, bei Beamten gehe dies noch nicht.

Landrat Schwing nennt als Beispiel den Landkreis Deggendorf, der seit Jahren in Rumänien und Bulgarien gezielt Auszubildende gesucht und gefunden habe, Probleme tauchen jetzt erst auf, was Unterkunft und Betreuung angehe, denn man könne die jungen Menschen nicht aus der Familie herausreißen und hier alleine lassen.

Kreisrat Dr. Schüren fragt nach Plänen, bei künftigen Einstellungen für das Amt auf Zweisprachigkeit achten, Schwerpunkt Türkisch.

Herr Fieger antwortet, in Stellenanzeigen habe man nicht konkret eine erwünschte Mehrsprachigkeit aufgeführt. Man habe aber im Personal Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, die zum Beispiel im Ausländeramt bei Bedarf zum spontanen Übersetzen zur Verfügung stehen.

Herr Rosel weist ergänzend auf Seite 10 Ziffer 5 des Leitfadens hin.

Kreisrätin Fichtl fragt in Bezug auf Kindergärten, ob es denkbar sei, dass Ehrenamtsarbeit zum Einsatz komme.

Herr Rosel antwortet, man habe bereits die Idee diskutiert, am Landratsamt einen Dolmetscherpool vorzuhalten. Ein Ehrenamt sei an vielen Stellen des Leitfadens enthalten, auch hier sei ein Pool denkbar.

Kreisrat Scherf spricht Lob und Respekt für die gemachte Arbeit aus. Diese wunderbare Haltung müsse gelebt werden, jeden einzelnen Menschen als Person so zu akzeptieren, wie er ist. Er folge dem Ziel und identifiziere sich damit. Er habe den Leitfaden so verstanden, dass er darauf abziele, das Potential im Landkreis noch stärker auszuschöpfen, bevor der Blick ins Ausland gehe. Weiterhin fragt er nach den genannten Aufgaben, die dem Landkreis nicht unmittelbar zugeordnet seien. Er fragt, ob hier ein Umdenken vorliege, denn das sei zu befürworten.

Herr Rosel antwortet, im Leitfaden seien einige Bereiche enthalten, in denen der Landkreis nicht primär zuständig sei. Oft sei man trotzdem in irgendeiner Form beteiligt, so dass man sich mit Ideen einbringen könne.

Kreisrat Dr. Linduschka fragt, ob es bereits Gespräche mit den Bürgermeistern gegeben habe, denn es gehe ja auch um die Aufgabentrennung zwischen Landkreis und Gemeinden. Er bittet außerdem um sensible Behandlung der Formulierung „Menschen mit Migrationshintergrund“. Ein Anwerben von Menschen aus anderen Ländern könne weiterhin auch negative Effekte haben.

Landrat Schwing weist darauf hin, dass man dies ja nicht tue und nicht vorgeschlagen habe. Und natürlich gebe es „den Migranten“ auch nicht. Aber dies sei nur ein Leitfaden und darin könne man nicht auf jede einzelne Persönlichkeit eingehen, man müsse einen Oberbegriff wählen. Der Leitfaden sei intern für die Mitarbeiter.

Kreisrat Stappel schlägt vor, die aufgeführten Handlungsfelder zu befolgen. Das Handwerk und die freie Wirtschaft suchen mehr denn je Facharbeiter. In Verbindung mit Agentur für Arbeit und Jobcenter müsse man im Landkreis Ausschau halten, damit die Leute, die bei uns seien, als erstes angesprochen werden und Arbeit bekommen.

Frau Seidel merkt an, auch sie sehe den Begriff „Migrant“ als kritisch an, da dieser oft im Zusammenhang mit angeblich defizitären Tatbeständen gebraucht werde. Aber den Leitfaden habe man im Hinblick darauf entwickelt, dass genau auf diese Unterschiede und Bereiche abgestellt werde und er auf die Landkreisverwaltung abziele.

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

### **Beratung und Empfehlungsbeschluss über den Haushaltsplan 2014 des Landkreises Miltenberg**

Landrat Schwing bemerkt, er bringe nunmehr den 28. und letzten Haushalt als Landrat ein. Es sei aber auch einer der erfreulichsten und unproblematischsten Haushalte unter diesen 28. Er sei für ihn auch eine ausgezeichnete Grundlage für die Weiterentwicklung des Landkreises Miltenberg. Die Voraussetzungen für diesen Optimismus liegen z. B. in der höchsten Steuerumlagekraft mit fast 107 Mio. Euro im Haushalt 2014, dahinter stehe auch die Wirtschaftsleistung in diesem Landkreis; weiterhin die Senkung der Bezirksumlage um immerhin 2,9% und folgerichtig die Senkung der Kreisumlage um 3%. Dies habe man bereits im Vorfeld den Fraktionsvorsitzenden und dem Vorstand des Bayerischen Gemeindetages in den allerersten Besprechungen zugesagt, bereits bevor klar war, wo die Reise hingehe.

Optimismus auch deshalb, weil man durch die Schuldensenkung enorme Spielräume geschaffen habe. Man senke nun zum achten Mal hintereinander Schulden. Dieses Jahr nehme man auch erstmals den Ansatz für die Darlehenszinsen um rund 400.000 Euro zurück.

Er erinnert, nachdem der Kreis im Jahr 2012 die Bezirksumlagenerhöhung von 4% voll übernommen habe, ohne davon etwa weiterzugeben an die Kommunen, seien das immerhin eine Entlastung von insgesamt 7,5 Mio. Euro, die die 32 Kommunen im Jahr weniger entrichten müssen bei gleicher Steuer- und Umlagekraft.

Die Finanzausgleichsgespräche seien am vergangenen Donnerstag und Freitag gelaufen, es habe leider Gottes keine Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund gegeben. Momentan sei man bei 12,75% Anteil, der Weg zu 15% sei lang und es werden nur kleine Schritte sein. Aber daran müsse man auf jeden Fall festhalten.

Aber es habe weitere Verbesserungen gegeben: Der allgemeine Steuerverbund sei insgesamt gestiegen, immerhin um 2,4%, die seien auch 85,6 Mio. Euro Zuwachs; für die Landkreis-Schlüsselzuweisungen stehen im kommenden Jahr 30 Mio. mehr (2,9%) zur Verteilung; beim Kraftfahrtsteuerersatzverbund sei der Kommunalanteil von 51 auf 52,5% angehoben worden und liege nun um 23,2 Mio. Euro höher. Das bedeute, die Zuweisungen zu Kreisstraßenpauschale und Winterdienst werden um 10% angehoben. Bei der Hochbauförderung spreche man von 17 Mio. Euro mehr, bedeute einen Fördersatz von 40%. Bei der Schülerbeförderung 7 Mio. Euro mehr, die Erstattungsquote bleibe erhalten. Interessant für die Kommunen sei die Bedarfszuweisung/Stabilisierungshilfen, diese seien im letzten Jahr auf 100 Mio. vervierfacht worden, diese bleibe auch in diesem Jahr dabei. Die Investitionspauschale steige um 50 Mio. Euro auf 365 Mio. Euro, von diesen 50 Mio. werden 25 Mio. für die kleinen Gemeinden abgezweigt, die Mindestinvestitionspauschale erhalten. Insgesamt spreche man aber von einer Erhöhung von 10%.

In Sachen Sozialhilfeausgleich Art. 15 FAG gehe es um 5 Mio. Euro mehr für die Bezirke, aber diese profitieren insbesondere von der vollständigen Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, das seien allein geschätzte 65 Mio. Euro, insgesamt spreche man also von 70 Mio. Euro mehr für die Bezirke.

Nicht ganz so positiv sei der Belastungsausgleich zu Hartz IV, der auf 74 Mio. Euro absinke. Wichtig für die Zukunft sei das Bundesteilhabegesetz, auch wenn es noch Jahre dauernd werde. Man habe sich auf eine Zwischenlösung geeinigt. In den Jahren 2015 bis 2017 werde jeweils 1 Mrd. Euro vom Bund an die Länder durchgereicht, Bayern reiche diese Mittel vollständig durch an die Kommunen. Dasselbe gelte für die Mittel des Bundes für die Krippenförderung.

Dies alles führe dazu, dass unter dem Strich 215 Mio. Euro mehr als Finanzausgleichsleistungen herauspringen. Dies sei eine gute Botschaft und ein positiver Ausblick für die Zukunft.

Positiv sei weiterhin, dass keine Anträge der Fraktionen gestellt worden seien. Man habe auch in diesem Jahr dieselbe Transparenz gehabt wie in der Vergangenheit, auch diesmal habe es erst die Information der Fraktionsvorsitzenden und stellvertretenden Landräte gegeben, dann die gleiche Information an den Vorstand des Bayerischen Gemeindetages, und dann an alle Fraktionen durch Herrn Kämmerer Straub und Herrn Krämer. Alle seien gut vorbereitet und man könne gut in die Haushaltsverabschiedung eintreten.

Zum Abschluss erwähnt er, die kluge Haushaltspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte zahle sich jetzt offensichtlich aus, dafür danke er allen Fraktionen und allen Kolleginnen und Kollegen.

Herr Krämer erläutert den Haushaltsplan 2014 anhand der allen vorliegenden Unterlagen.

Kreisrat Dr. Schüren erklärt, die Senkung von 3% sei eine geschickte Lösung. Die SPD stimme zu, aber wenn es nach ihm ginge, wäre auch die Hälfte denkbar gewesen, also 1,5% Senkung der Kreisumlage und 1,5% als Polster und für Schuldenabbau.

Landrat Schwing antwortet, die Weitergabe einer möglichen Bezirksumlagesenkung habe man bereits vorher zugesagt. Zu diesem Zeitpunkt habe man noch nicht gewusst, ob der Bezirk senkt. Soweit er informiert sei, senke der Landkreis Aschaffenburg beispielsweise auch 1,5%, obwohl dieser eine höhere Steuerkraft habe und dieser damals in 2012 die 4% Erhöhung auch teilweise weitergegeben habe. Die Leistung des Landkreises 2012, 4% zu schlucken, was man noch nie gemacht habe, war viel größer als die, die er jetzt erbringe.

Kreisrat Dr. Kaiser bemerkt, der Ergebnishaushalt verbessere sich um 400.000 Euro, damit sinke die Kreditaufnahme. Er gehe aber davon aus, dass die von Landrat Schwing ausgeführten Punkte noch nicht eingearbeitet seien und noch zugute kommen werden. So könne möglicherweise noch ein Puffer zu erwarten sein.

Er regt weiterhin an, in Sachen Straßenbau bei der Ortsverbindung zwischen Mechenhard und Rück (keine Kreisstraße) dem damaligen Versprechen zur Beteiligung an einer Verbesserung nachzukommen und diese Dinge gemeinsam mit den Kommunen in den kommenden Jahren anzugehen.

In Bezug auf den Rechtsstreit zum Arsen in Guggenberg fragt er nach dem Stand der Dinge.

Landrat Schwing antwortet, in Sachen Arsen sei man im Berufungsverfahren, es sei ja bekannt, wie lange so etwas dauere. Man tue alles dafür, um das Geld wiederzubekommen.

Herr Straub antwortet weiterhin, gewisse Erhöhungen habe man bereits mit eingeplant, wie zum Beispiel die Schülerbeförderung. Noch nicht eingeplant seien die Schlüsselzuweisungen. Die rund 850.000 Euro in Bezug auf das Arsen seien im Jahr 2012 im Müllhaushalt eingeplant worden als reine Baumaßnahme, nicht investiv, da man in Vorleistung gegangen sei. Wenn das Geld heute zurückkomme, dann werde er dies über den Gebührenhaushalt einstellen und dem Gebührenüberschuss zuführen und entsprechend ausgleichen.

Auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Kaiser zu den Schlüsselzuweisungen antwortet Landrat Schwing, man habe diese nicht komplett einplanen können, weil man es nicht gewusst habe. Aber auch hier habe man von vorneherein gesagt, wenn man mehr bekomme wie berechnet, werde die Kreditaufnahme entsprechend reduziert. Was sicherlich auch etwas bringe seien die Zuschüsse im Hochbau. Aber die nun kommenden Bescheide haben keine Auswirkungen auf diesen Haushalt, dieses Geld komme erst in den nächsten Jahren.

Kreisrat Spinnler erklärt sich froh über die Senkung der Kreisumlage, man habe blendende finanzielle Verhältnisse, sowohl im Landkreis als auch im Bezirk. Sonst könne auch der Bezirk nicht senken. Die Bürgermeister sprechen hier mit gespaltener Zunge. Wie man jetzt sehe, sei der Haushalt 2013 nicht auf Kante genäht gewesen. Im Augenblick habe man 6,8 Mio. Überschuss im Ergebnishaushalt, man sei von 1,6 Mio. ausgegangen, somit habe man eine Differenz von 5,2 Mio. Euro mehr. Wie von ihm vermutet habe man im Haushalt 2013 relativ viel Luft gehabt. Die geforderte Senkung der Kreisumlage von 1% im letzten Jahr hätte der Landkreis locker wegstecken können.

Was er in der Diskussion vermisst habe: Seine Fraktion sei nach wie vor der Meinung, dass z. B. man bei den Müllgebühren noch an der Obergrenze dessen liege, was möglich sei, und man hier noch weiter senken könne. Im nächsten Kreistag werde man diesen Anlauf erneut nehmen.

Landrat Schwing weist ihn darauf hin, dass man nun bereits zum zweiten Mal Müllgebühren senke.

Kreisrat Dr. Linduschka erklärt, die FDP stimme dem vorliegenden Haushalt zu. Man bekomme zwar durch die Senkung der Kreisumlage um 3% weniger Einnahmen, durch die Senkung der Bezirksumlage mache der Kreis allerdings ein Plus von 900.000 Euro. Nach seinen Informationen durch den Bezirk habe dieser nach 2012 offensichtlich noch Restreserven. Gerade in der heutigen Zeit warne er aber vor weiterer Verschuldung. Bisher habe man die Hausaufgaben gut erledigt und sollte weiter so fortfahren.

Landrat Schwing erklärt, man habe in den letzten 20 Jahren unheimlich viel investiert. Er werde in der kommenden Sitzung des Kreistages und seiner Rede genauer darauf eingehen. Allein in die Nähe des Landesdurchschnittes der Pro-Kopf-Verschuldung zu kommen sei ein Riesenerfolg. Vor wenigen Jahren habe er uns diese Nähe nicht zugetraut. Noch aussagekräftiger seien ja die Schulden im Verhältnis zum Gesamthaushalt, 1986 lagen diese bei 94,6 %, die Verschuldung habe damals fast die Höhe des kompletten Haushaltes gehabt. Jetzt in 2014 sei man bei 30,1%. Dies sei eine tolle Entwicklung, aber dürfe natürlich nicht dazu verführen, sich zurückzulehnen. Es zeige aber auch die Spielräume des neuen Kreistages.

Kreisrat Andre erklärt, die CSU-Fraktion habe sich mit dem Haushalt beschäftigt und werde diesem auch zustimmen. Der Schuldenabbau sei eine vernünftige Angelegenheit, und für den neuen Kreistag und den neuen Landrat sei das Haus gut bestellt und man könne neu ansetzen. Er sei froh, dass die Investitionen hauptsächlich im Schulbereich getätigt wurden. Dies seien Zukunftsinvestitionen.

Kreisrat Stappel erklärt, der Haushalt für 2014 sei für ihn ein Musterhaushalt, den er noch nicht erlebt habe. Mit der Senkung der Kreisumlage entlaste man die Kommunen. Auch sei die Gunst der Zinsen noch nie so gut gewesen, daher auch der gute Schuldenabbau. Die Spielräume seien noch nie so groß gewesen. Man habe auch andere Zeiten erlebt. Er erwähne positiv auch die Pro-Kopf-Verschuldung. Er habe nur einen Punkt, der ihn Jahr für Jahr störe: Jeder wirtschaftliche Betrieb erlebe Modernisierung, und Modernisierung heiße in diesem Hause, die Technik und Datenverarbeitung, alles was dazu gehöre, sei hier auf dem neuesten Stand. Damit verfolge man in einem Betrieb doch den Personalabbau. Dieser werde bei uns von Jahr zu Jahr größer. Hier müsse auch aufgezeigt werden, wo könne man

Kosten sparen und wie könne man diese sparen. Ein Wirtschaftsunternehmen investiere in Technik und Maschinen, um Kosten einzusparen. Bei uns gehen die Personalkosten allerdings hinauf.

Landrat Schwing antwortet, der Pauschalvorwurf der Neuen Mitte in jedem Jahr sei der geforderte Personalabbau. Man gehe allerdings in den meisten Bereichen dermaßen auf dem Zahnfleisch, man habe nicht zu viel, sondern viel zu wenig Personal. Man könne nicht im Jugendamt das Personal verdoppeln, und jeder sei dafür, auch Herr Stappel, und in vielen anderen Bereichen, in denen man auch viele Aufgaben mehr habe als früher, dort passiere nichts. Unsere Mitarbeiter kämpfen mit Burnout usw. Wie soll das alles funktionieren mit weniger Personal und immer mehr Arbeitsverdichtung. Er erwarte von einem Kreisrat, dass dieser das auch einmal differenziert sehe und nicht jedes Jahr Personalabbau fordere. Dies sei demotivierend für unsere Mitarbeiter. Er habe sich immer vor seine Mitarbeiter gestellt, 28 Jahre lang, und tue es bis zum letzten Tag. Dies könne er so nicht stehen lassen. Man müsse eher noch Personal aufstocken.

Herr Straub erklärt, der Haushalt 2014 sei auch für ihn der letzte Haushalt gewesen. Er hätte sich riesig gefreut, wenn er einen ausgeglichenen Haushalt hätte vorlegen können. Man habe eine Senkung von 3% Kreisumlage und eine Kreditaufnahme von 2 Mio. Euro. Der ungedeckte Bedarf diene auch zur Finanzierung eines Vermögenshaushaltes. Und in der kaufmännischen Buchführung sei eine klare Transparenz da. In der kaufmännischen Buchführung habe man keine Reste und bilde auch keine. Man dürfe nicht vergessen, dass man in den letzten Jahren 5 Mio. Euro weggesteckt habe.

An Kreisrat Spinnler richtet er, die Ergebnisrechnung sei eine Momentaufnahme. Im Finanzhaushalt habe man momentan ein Plus von 2,7 Mio. Euro. Davon seien allein 2 Mio. momentan Gebührenüberschüsse. Die Einsparungen resultieren teilweise durch nicht bezahlte Baumaßnahmen.

Kreisrat Stappel bemerkt, Landrat Schwing habe sich zu unrecht aufgeregt. Seine Frage sei gewesen, warum es immer mehr werde – er habe keinen Vorwurf an die Angestellten geäußert, dies würde er niemals tun.

Der Kreisausschuss fasst einstimmig den

### **B e s c h l u s s :**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Haushaltsplan 2014 unter Zugrundelegung einer Kreisumlage von 43% zu verabschieden.

Tagesordnungspunkt 3:

### **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

gez.

**Schwing**  
Vorsitzender

gez.

**Wagner**  
Schriftführerin